

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen
(24. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Udo Theodor Hemmelgarn, Marc Bernhard,
Frank Magnitz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/17524 –**

**Baurecht deregulieren – Initiative des Bundes zur Reduzierung von
Bauvorschriften und Baukosten**

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, die bestehenden Vorschriften des Baurechts und des Baunebenrechts auf ihre Erforderlichkeit zu prüfen bzw. einer Kosten-Nutzen-Analyse zu unterziehen und ggf. Vorschläge zur Abschaffung von Vorschriften zu unterbreiten, sowie die Erstellung einer neuen, modular aufgebauten Musterbauordnung anzuregen und die Länder bei deren Erstellung zu unterstützen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/17524 abzulehnen.

Berlin, den 16. September 2020

Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Mechthild Heil
Vorsitzende

Christian Hirte
Berichtersteller

Bernhard Daldrup
Berichtersteller

Udo Theodor Hemmelgarn
Berichtersteller

Daniel Föst
Berichtersteller

Caren Lay
Berichterstellerin

Daniela Wagner
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Christian Hirte, Bernhard Daldrup, Udo Theodor Hemmelgarn, Daniel Föst, Caren Lay und Daniela Wagner

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/17524** wurde in der 150. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. März 2020 dem Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen zur federführenden Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag enthält im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

1. die bestehenden, ca. 20.000 Vorschriften des Baurechts und des Baunebenrechts gemeinsam mit den Ländern auf Erforderlichkeit zu prüfen und Vorschläge zur Abschaffung derjenigen Vorschriften zu unterbreiten, die nicht erforderlich seien,
2. die bestehenden, ca. 20.000 Vorschriften des Baurechts und des Baunebenrechts einer Kosten-Nutzen-Analyse zu unterziehen und Vorschläge zur Abschaffung derjenigen Vorschriften zu unterbreiten, bei denen Kosten und Nutzen in keinem angemessenen Verhältnis stünden,
3. insbesondere die baurechtlichen Vorgaben hinsichtlich des Lärm- und Brandschutzes, zur Energieeinsparung und Barrierefreiheit auf Umfang und Widerspruchsfreiheit zu prüfen und Vorschläge zur Reduzierung des Umfangs und zur Beseitigung von Widersprüchen zu unterbreiten,
4. die Erstellung einer neuen, modular aufgebauten Musterbauordnung, die den Unterschieden des Bauens im städtischen und ländlichen Raum gerecht werde, anzuregen und die Länder bei der Erstellung dieser Musterbauordnung zu unterstützen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 19/17524 in seiner 55. Sitzung am 16. September 2020 ohne Debatte abschließend beraten und im Ergebnis mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Berlin, den 16. September 2020

Christian Hirte
Berichtersteller

Bernhard Daldrup
Berichtersteller

Udo Theodor Hemmelgarn
Berichtersteller

Daniel Föst
Berichtersteller

Caren Lay
Berichterstellerin

Daniela Wagner
Berichterstellerin